

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/10619 –**

Konjunkturprogramm gegen die drohende Wirtschaftskrise

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Scheel, Bärbel Höhn, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/11023 –**

Nachhaltig investieren in Klima, Bildung, soziale Gerechtigkeit

A. Problem

Zu Nummer 1

Ausweitung der öffentlichen Investitionen im Umfang von 30 Mrd. Euro für Bildung, Infrastruktur, Energiewende und Gesundheit; Anhebung des Arbeitslosengeldes II; Anhebung der Regelsätze der Sozialhilfe; Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Wiederherstellung der alten Rentenformel; Wiedereinführung der degressiven Abschreibung.

Zu Nummer 2

Investitionsprogramm für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft; Erhöhung der Regelsätze des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch; Senkung der Lohnnebenkosten; Einführung von Mindestlöhnen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10619 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11023 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Zu Nummer 1

Kosten wurden nicht erörtert.

Zu Nummer 2

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/10619 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 16/11023 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Dr. Michael Fuchs
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Dr. Michael Fuchs

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Antrag auf **Drucksache 16/10619** wurde in der 188. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. November 2008 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Antrag auf **Drucksache 16/11023** wurde in der 188. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. November 2008 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Zu Nummer 1

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. erfordern die Finanzkrise und die sich abzeichnende Bedrohung der Realwirtschaft ein Konjunkturprogramm.

Zur Stärkung der Binnennachfrage sollen das Arbeitslosengeld II auf 435 Euro sowie der Regelsatz für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und für Asylbewerberinnen und -bewerber angehoben werden. Dies würde die konsumtive Binnennachfrage um 7 Mrd. Euro erhöhen. Durch die Einführung eines Mindestlohns von 8,71 Euro stünden den Betroffenen zusätzliche 13 Mrd. Euro für den Konsum und damit für die Nachfrage zur Verfügung. Zur Vermeidung der Altersarmut fordert die Fraktion DIE LINKE. die Wiedereinführung der alten Rentenformel. Die Nachzahlung der bisher vorenthaltenen Rentenerhöhung würde die Binnennachfrage um 7 Mrd. Euro stärken.

Als zweiten Investitionsbereich nennt die Fraktion DIE LINKE. den Bereich Infrastruktur, Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge. Sie gibt dabei folgende Investitionsschwerpunkte an: 15 Mrd. Euro Mehrausgaben zum Ausbau der Ganztagschulen, zur Sanierung von Schulen und für eine Verbesserung der Hochschulbildung; 4 Mrd. Euro in den Bereichen Energiesparfonds, Förderung erneuerbarer Energien und CO₂-Gebäudesanierung, die vor allem einkommensschwachen Familien zugute kommen soll; 7,5 Mrd. Euro im Bereich Verkehr und Infrastruktur, für eine kommunale Investitionspauschale, zur Förderung strukturschwacher Regionen, für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und den Sanierungsbedarf bei Brücken, Straßen und den Ausbau der Schiene; 3,5 Mrd. Euro im Bereich Gesundheit zur Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern sowie für Prävention und Gesundheitsförderung. Zur Belebung der Investitionstätigkeit fordert die Fraktion DIE LINKE. die Möglichkeit zur sofortigen degressiven Abschreibung. Damit sollen für die Unternehmen positive

Liquiditätseffekte und Spielräume für eine vorgezogene Anschaffung von Wirtschaftsgütern geschaffen werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/10619 verwiesen.

Zu Nummer 2

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Ansicht, dass das von der Bundesregierung vorgelegte Konjunkturpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ nicht dazu beitragen wird, die derzeitige Rezession zu verkürzen.

Sie fordert stattdessen die ökonomische Sanierung der Wirtschaft und die Einrichtung eines Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro. Dadurch sollen vor allem einkommensschwache Bürger durch die Unterstützung zur energetischen Sanierung entlastet werden. Die Mittel zur Gebäudesanierung sollen um 1 Mrd. Euro aufgestockt sowie das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm erweitert werden. Es wird eine Investition von 750 Mio. Euro für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sowie ein Ausbau der Stromnetze durch eine Anschubfinanzierung von 1 Mrd. Euro für einen zügigen Anschluss der KWK-Anlagen und erneuerbaren Energien gefordert.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert ferner die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis. Dabei sollen durch eine höhere Besteuerung von Fahrzeugen mit überdurchschnittlichem CO₂-Ausstoß Pkw mit einem Ausstoß bis zu 120 g/km für vier Jahre von der Kfz-Steuer befreit werden. Im Bereich Infrastruktur werden 500 Mio. Euro zum Ausbau der Elektromobilität, zusätzliche 1,7 Mrd. Euro zur Erhöhung der Schieneninvestition und zusätzliche 500 Mio. Euro zur Sanierung der Bundesstraßen statt für den Straßenneubau gefordert.

Im Bildungsbereich machten die jahrelange Vernachlässigung der notwendigen Qualitätsverbesserung und der Ausbau der Infrastruktur im vorschulischen Bereich eine Investition von 5,3 Mrd. Euro in den nächsten zwei Jahren nötig. Anstatt das Ganztagschulprogramm auslaufen zu lassen, sollten 4,8 Mrd. Euro in den Umbau der Schulen zu gebundenen Ganztagschulen investiert werden. Zur Errichtung von 230 000 zusätzlich erforderlichen Studienplätzen seien in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 2,4 Mrd. Euro nötig. Die antragstellende Fraktion fordert den kommunalen Investitionsstau aufzulösen und den Kommunen jährlich 7 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren wird gefordert, die Regelsätze für Sozialleistungen nach dem Zweiten und Siebten Buch Sozialgesetzbuch auf 420 Euro anzuheben und die Regelsätze für Kinder und Jugendliche auf eine neue, von den Erwachsenenätzen unabhängige Berechnungsgrundlage zu stellen.

Es soll weiter das grüne Progressiv-Modell der Lohnnebenkosten eingeführt werden. Dies sehe einen langsam ansteigenden Beitragssatz und erst ab einem Bruttoeinkommen von über 2 000 Euro die volle Last der Sozialversicherungsabgaben vor. Nach dem Vorbild Großbritanniens fordert die

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließlich die Einführung von Mindestlöhnen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/11023 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 88. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10619.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 109. Sitzung am 2. Dezember 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10619.

Zu Nummer 2

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 109. Sitzung am 2. Dezember 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11023.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 88. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11023.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 108. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11023.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11023.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 70. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11023.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 66. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11023.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Zu Nummer 1

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/10619 in seiner 79. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Zu Nummer 2

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/11023 in seiner 79. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 17. Dezember 2008

Dr. Michael Fuchs
Berichterstatter

